



lautstark! antifa-zeitung #14

Juni 2007

Antifa Bern
Postfach 5053
3001 Bern
info@antifa.ch
www.antifa.ch

SVP - Mitte bis rechts abgegrast

Werdegang und Erfolgsrezept der Schweizerischen Volkspartei

Seite 2

Top oder Flop?

Rückschläge und Peinlichkeiten der Extremen Rechten - ein Jahresrückblick 2006

Seite 3

Die Dinge in Bewegung bringen

Die antifaschistische Kampagne sorgt für einen bewegten und abwechslungsreichen Juni. Wir sagen was läuft!

Seite 5-8

Gesichter des Rassismus

Eine Personenschau am rechten Rand der SVP

Es gibt SVP-Mitglieder, die ihre rassistische Gesinnung öffentlich kundtun, die sich mit Holocaustleugnern treffen oder sich mit neonazistischen Gruppen verbrüdern. Wir präsentieren eine Auswahl solcher Personen und ihrer Geschichten. Es sind keine Ausrutscher, sondern die logischen Gewächse einer Partei, deren wichtigstes Standbein mehr und mehr aus Rassismus besteht.

Etablierte Parteien und Rechtsextremismus? Bei der SVP geht es dabei nicht um die Frage, ob in ihrer Partei auch Rechtsextreme geduldet werden. Vielmehr interessiert, inwiefern diese Partei in ihrer Gesamtheit als rechtsextrem zu bezeichnen ist. Angefangen bei der politischen und ideologischen Stossrichtung über die populistische Sprache bis hin zu antidemokratischen Polit-Strategien finden sich viele Elemente, die schlicht als rechtsextrem zu definieren sind. Aber genau hier liegt das Problem. Wenn rassistische Vorurteile, antisemitische Stereotypen, Homophobie, sexistische Frauenbilder und Nationalismus von einer gesellschaftlichen Mitte vertreten werden - was ist dann noch extrem und wer definiert das?

Die SVP wurde in den letzten fünfzehn Jahren von einer bürgerlich-konservativen Partei zum Sammelbecken von rassistischen Populisten und Populisten. Zeitgleich mit dem Rechtsrutsch verschob sich auch die Wahrnehmungsskala, ab wann jemand extrem sei, merklich gegen rechts. Denn die Extremen sind immer die anderen. Wenn hier nun einige SVP-Leute etwas genauer unter die Lupe genommen werden, sollen damit nicht die einzelnen schwarzen Schafe der Partei benannt werden. Mit unseren Beispielen soll vielmehr das politische Spektrum der SVP bis nach Rechtaussen ermittelt werden: Zwischen salonfähigem Alltagsrassismus und Holocaustleugnung hat dort sehr viel Platz.

Die Ehemaligen

Es gibt SVP-Leute, die weiter rechts nicht sein könnten. Einer davon ist Ernst Indlekofer, der vor rund zehn

Jahren aus der Partei austrat - nach jahrelanger Parteimitgliedschaft und gleichzeitigem Engagement in Kreisen von Holocaustleugnern und Naziskins. Bereits Ende der 1980er-Jahre fiel der Basler durch seinen unverfrorenen Rassismus auf. In einer Zeit, in welcher sich die SVP gerade erst auf den heutigen Kurs (vgl. Artikel Seite 2-3) einzustimmen begann, war Indlekofer der Mutterpartei einen Tick zu forsch und zu extrem. Trotzdem sah die Parteileitung seinem Treiben jahrelang zu - und nicht

neurechten Kreise publik machte, blieb er noch eine ganze Weile Generalsekretär. Seit den 1980er-Jahren figurierte die Adresse von Pascal Junod zudem als Schweizer Kontakt des neonazistischen Thule-Seminars, und auch dem Cercle Proudhon, einem nationalrevolutionär angehauchten Zirkel von rechtsextremen Intellektuellen, stand Junod vor. Der Parteipräsident Ueli Maurer war bereits lange darüber informiert, sah trotzdem keinen Handlungsbedarf in dieser Sache. Bis schliesslich der

Handeln - ehemals «Memopress» - begibt er sich regelmässig auf den Kriegspfad gegen die jüdisch-freimaurerische Weltverschwörung. Aber auch andere Bedrohungsherde, wie beispielsweise die ach so gewalttätigen Ausländerinnen und Ausländer oder die angeblich religiöse Bedrohung durch den Islam, werden in seinem Hetzblatt thematisiert.

In dasselbe Horn bläst auch der SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, welcher seine jugendlichen Spuren noch als



1. August 2005: Ex-SVP Politiker Pascal Trost (links) zusammen mit PNOsler Hirschi an vorderster Front

nur ihm. Gemeinsam mit seinem damaligen Parteikollegen Ernst Dünnenberger und anderen Shooting-Stars der Extremen Rechten wie etwa Marcel Strebel gründete Indlekofer 1989 eine Gruppierung namens «Patriotische Volkspartei». Die Aktivitäten dieses Vereins verliefen sich allerdings im Sand.

Ein weiterer Ehemaliger ist Pascal Junod, der sich 1999 für die SVP als Nationalratskandidat zur Wahl stellte und bei der SVP Genf das Amt des Sekretärs besetzte. Nachdem der Sonntagsblick Junods Kontakte ins Lager der Holocaustleugner und

mediale Druck Ende der 1990er-Jahre zu gross wurde.

Die Grenzgänger

Ein alter Hase, der immer noch in der SVP mitmischte, ist Emil Rahm, der Rimuss-Baron aus dem Kanton Schaffhausen. Er selbst distanziert sich offiziell von Neonazismus, Antisemitismus und Rassismus. Seine Handlungen erzählen allerdings eine andere Geschichte: Im März 1997 wurde er wegen des Vertriebs von antisemitischen Büchern zu einer Busse von 5000 Franken verurteilt. Mit seiner Politpostille «Prüfen und

Handlanger des Rechtspopulisten James Schwarzenbach abverdiente. Es war ein ungesunder Lehrgang, den man Schlüer bis heute anmerkt. Seit 1979 ist Schlüer Inhaber und Chefredaktor der «Schweizerzeit», einer Zeitung, die Rahms rassistischen Erzeugnissen in nichts nachsteht. Letzten Dezember sorgte der Zürcher mit einem Besuch bei der rechtsextremen Burschenschaft Danubia in München für Aufsehen. An den dortigen «Bogenhausener Gesprächen» versammelten sich auch Holocaustleugnern wie etwa Wilhelm Stäglich, der Autor des Buches «Der Auschwitz-Mythos». →

Editorial

Liebe LeserInnen

«Die Dinge in Bewegung bringen» - so lautet das Motto der antifaschistischen Kampagne, die diesen Frühsommer in der Region Bern mit Bildungsveranstaltungen, Kundgebungen und Kulturveranstaltungen für antifaschistische Anliegen sensibilisieren soll. In einer Gesellschaft, in welcher Rassismus und Ausgrenzung zunehmend zum Alltagsdenken gehören, braucht es mehr als Reaktion - es braucht ein aktives Engagement für die Menschlichkeit. Gerade dort, wo etablierte Parteien aktiv die Unmenschlichkeit vorantreiben.

Die jüngst entbrannte Minarett-Hysterie ist ein anschauliches Beispiel für die Stimmung in diesem Land. Dass Menschen in der Schweiz - notabene einem der reichsten Länder der Welt - von Existenzängsten geplagt sind, ist rational nicht nachvollziehbar. Trotzdem existieren solche Ängste, und statt sich mit den Hintergründen von Jugendgewalt, «Burnouts», hohen Krankenkassenprämien und einer krankhaft gestressten Arbeitsgesellschaft auseinanderzusetzen, wird nunmehr leicht benennbaren Schuldigen gesucht - und die Schuldigen sind immer die Fremden. Diese Vorstellung ist nicht neu, sondern ein historisch erprobter Abwehrmechanismus, der zwar keine Lösungen bringt, aber die Masse seit jeher zu beruhigen vermochte. Es ist der billigste Trick, sich vor der Komplexität der Welt zu drücken und gleichzeitig dem eigenen Ego ein Überlegenheitsgefühl zu verschaffen.

Meister in der Suche nach Schuldigen statt der Suche nach wahrhaftigen Lösungsansätzen ist die SVP. Keine andere Partei politisiert so polemisch und gleichzeitig erfolgreich; keine andere Partei drückt sich so nachhaltig um die Suche nach echten Lösungen; keine andere Partei vermag Rassismus und Angst vor Fremden wirksamer zu schüren. Mit der seit kurzem lancierten Minarett-Initiative beweist die SVP einmal mehr, wie sie mit plumpen Scheinlösungen für konstruierte Probleme auf Stimmenfang geht. Auch wenn damit demokratische Grundrechte verletzt werden. Mit unserem Schwerpunkt zur SVP wollen wir verschiedene Seiten dieser Partei beleuchten - und diese sind nicht selten rechtsextrem.

Viel Spass beim Lesen



Jüngst profiliert sich Schluer als militanter Stimmungsmacher im Fabrikwasser der Anti-Minarett-Kampagnen. Ein Thema das von den Nazis über die PNOS bis hin zur SVP das gesamte rechte Lager eint und somit perfekt zu Schlüers politischem Weg passt. Er fühlte sich rechtsausen pudelwohl.

Die jungen RassistInnen

Auch bei den jüngeren Semester in der SVP gibt es von beidem ein bisschen: RassistInnen, die noch in der Partei mitpolitizieren, und solche die es jetzt anderswo tun. Teils, weil sie zum Austritt gezwungen wurden, teils weil sie abgewandert sind – zum Beispiel zur neonazistischen PNOS. Der Silener Nazi-Skin Roland Traxel ging nicht freiwillig, sondern auf Druck der Urner Kantonspartei. Diese handelte, nachdem ihr Sekretär am 1. August 2000 gemeinsam mit Rechtsextremen aufs Rütli marschiert war, Kaspar Villiger auspliff und Kampfparolen skandierte. In Uri verteilte Traxel Flugblätter, auf denen für mehr Toleranz gegenüber Neonazis geworben wurde: «Nationalisten und Skinheads sind Menschen wie du und ich».

Ein ähnliches Schicksal ereilte auch den Aargauer Pascal Trost, der 2005 noch für den Nationalrat kandidiert hatte. Am 1. August 2005 marschierte dieser an vorderster Front der rechtsextremen Demonstration in Brunnen mit. Am 2. August wurde er per sofort aus der Jungen SVP ausgeschlossen. Natalie Cotting, eine Jungpolitikerin aus Langenthal, wechselte frei-

willig von der SVP-Ortssektion zur PNOS. Laut dem PNOS-Organ «Morgenrot» stand Cotting bereits während ihrer SVP-Zeit in ständigem Kontakt mit den PNOSlern und übernahm nach ihrem Parteiwahlwechsel auch gleich Vorstandsaufgaben in der neonazistischen Minipartei. Immer noch in der SVP, aber deshalb nicht minder rassistisch ist der Berner Stadtrat Erich Hess, der sich gerne Mal mit verbalen Entgleisungen hervortut. Sein bekanntester Fauxpas war eine Geschichte über Ameisen. An einer Stadtratssitzung macht Hess einen Vorstoss im Asylbereich und verglich zu diesem Zweck Asylbewerber mit Ameisen. Damit sprach Hess in einem Vokabular, dass sich mehr als verdächtig nahe am Nazi-Jargon bewegt. Nachdem sich selbst seine JSVP-Sektion von seinen Ausführungen distanzierte, meinte Hess: «Heute denke ich, dass ich wohl besser von Kühen statt Ameisen hätte reden sollen.»

Der alltägliche Rassismus

Immer wieder Mal tun sich SVP-Mitglieder mit rassistischen Äusserungen hervor. Sei es in den Parlamenten im Arbeitsalltag oder in der Kneipe. Dazu vier Vorfälle, die alle in der Chronologie rassistischer Vorfälle der Stiftung gegen Rassismus (www.gra.ch) nachzulesen sind.

Eine Schweizerin mazedonischer Herkunft wird im August 2004 vom Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) an eine Zürcher Reinigungsfirma vermittelt. Nachdem sich die 38-jährige bei der APS Reinigung GmbH beworben hat,

folgt von der Firma ein Antwortmail mit folgendem Inhalt: «Wir stellen keine Leute aus dem Balkan ein und meine Firma verträgt solche Leute nicht [...] ich bin Unternehmer und finanziere nicht das zugelaufene Volk [...] Kopftücher, Moslems etc. gehören nicht hierher! Wir sind Eidgenossen und keine Auffangstation für die ganze Welt». Auch die RAV-Mitarbeiterin, eine Frau türkischer Herkunft, bekommt von der Reinigungsfirma digitale Post. «Du bist eine Drecksau!» steht darin. Die Stellensuchende erstattet Anzeige und bekommt Recht. Der Geschäftsinhaber, der bereits auf der SD- und der SVP-Liste für den Kantonsrat kandidiert hat, wird als Mailverfasser entlarvt und muss 5000 Franken Genugtuung bezahlen.

Im September 2004 diskutiert das Zürcher Stadtparlament ein Postulat, in dem die Stadtregierung gebeten wird, die Vorschriften derart zu ändern, «damit auch Ausländerinnen und Ausländer, welche im Besitz der Niederlassung C sind, als Polizistinnen oder Polizisten für die Stadt Zürich rekrutiert werden können». Der 75-jährige SVPlar Kurt Haueter konnte sich ab diesem Postulat derart ereifern, dass er mit rotem Kopf meinte: «Die Mitglieder des international organisierten Verbrechens werden Freude haben, wenn sie auf Informanten und Sympathisanten im Polizeikorps zählen können». Mit diesem Schritt sei der multikulturelle Weg zur korrupten Bananenpolitik vorbereitet.

Die Tageszeitung «Le Nouvelliste» berichtet im Dezember 2005, dass

Klare Positionen! Klare Sprache!

Wir stehen ein für die Schweiz und ihre Bürgerinnen und Bürger. Für jene Werte, die unser Land politisch unabhängig und wirtschaftlich stark gemacht haben.

Schluer

Good

Maurer

Schluss mit dem Asylmissbrauch

Darum 2X Ulrich Schluer, Peter Good, Ueli Maurer auf jede Liste, SVP Liste 1

Inserat der SVP vom 01. Oktober 2003

im Internet-Gästebuch der Jungen SVP des Kantons Wallis rassistische und neonazistische Einträge, ja sogar holocaustleugnende Anspielungen geduldet werden. Jean Luc Addor, der Generalsekretär der SVP Wallis, verteidigt das Forum als «un des derniers espaces d'expression de liberté» (einer der letzten Räume der Meinungsäusserungsfreiheit).

Der langjährige SVP-Kantonsrat Ulrich Welti veröffentlicht im «Zürcher Boten», der Parteizeitung der SVP des Kantons Zürich, einen Leserbrief. Darin kritisiert er die kantonsrätliche Annahme eines Postulates für Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende. Welti schreibt: «Die meisten Fahrenden sind keine Korbflchter oder Scherenschleifer, sondern durchtriebene Kriminelle. Ihre Nobelkarossen werden auf raffinierten Diebestouren durch ihre Frauen und vor allem von ihren Kindern finanziert.»

Wenn das Extreme normal wird

Ein wichtiger Unterschied zwischen SVP-Leuten und VertreterInnen von anderen rechtsextremen Gruppierungen liegt im eigenen Selbstverständnis. Ein Hammerskin, ein PNOSler oder ein Mitglied der Organisation Blood&Honour verstehen sich selbst in der Regel als extrem rechts stehend – der SVPlar empfindet dies hingegen als Diffamierung. Die ideologische Stossrichtung ist trotzdem in vielem praktisch identisch. Grosse Unterschiede gibt es in Bezug auf die Verherrlichung des Nationalsozialismus und die Frage der Gewalt als politisches Mittel. Rechtsextreme SVP-Leute gibt es allerdings wie Sand am Meer. Und dass sie sich als «normal», als VolksvertreterInnen, als gesunde Mitte verstehen, ist das gefährliche an diesem Rassismus.

Alles abgegrast!

Werdegang und Erfolgsrezept der Schweizerischen Volkspartei

Die Schweizerische Volkspartei sorgt mit ihrem für Schweizer Verhältnisse spektakulären Aufstieg für Furore und hat das alt-eingesessene Parteiensystem gehörig durchgerüttelt. Seitdem der charismatische Unternehmer Christoph Blocher das Zep-ter übernommen hat, reitet die nationalkonservative SVP auf einer Erfolgswelle. Aber was zeichnet die Partei aus, dass sie ihr Wählerpotenzial so optimal ausschöpfen kann?

Es ist ja nicht so, dass die SVP konstruktive Lösungsvorschläge für die Sorgen und Nöte der kleinen Leute en masse aus dem Ärmel schüttelt. Gesellschaftliche Zusammenhänge aufzuzeigen, das ist ihr zu komplex. Anstatt taugliche Konzepte zu erarbeiten, punktet sie lieber mit irreführenden Botschaften und primitiver Stimmungsmache – und scheint damit den Nerv der Bevölkerung zu treffen. Die Frustration aus dem Ver-

drängungs- und Konkurrenzkampf in der Wirtschaft wird dabei einfach auf dem Buckel der noch Schwächeren entladen – die willkommenen Sündenböcke in Krisenzeiten.

So zieht die SVP mit diffamierenden Parolen ins Feld und inszeniert gnadenlose Hetzkampagnen. Personen aus Minderheitengruppen können ein Liedchen davon singen: Ob Behinderte, Sozialhilfebezügler oder Asylbewerber – Kriminelle und «Sozialschmarotzer» sind sie allesamt. Die Basis ihrer Strategie bildet eine konsequente ideologische Abgrenzung von der Konkurrenz. Punkten kann sie insbesondere mit den Themen Europa sowie der Ausländer- und Asylpolitik. Hier fährt sie einen isolationistischen und fremdenfeindlichen Kurs, aufgepeppt mit einem kräftigen Schuss Volkstümelei. Mit Christoph Blocher als finanzstarkes AlphaTier an der Spitze, geht es seit über einem Jahrzehnt stetig bergauf. Ausschlaggebend für den Siegeszug der Schweizerischen Volkspartei sind

unzählige Faktoren. Natürlich haben sich auch die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen vorteilhaft ausgewirkt.

Je weniger Bauern desto SVP

Der Versuch, das Phänomen SVP zu erklären, führt zurück in ihre Anfänge: Der Startschuss der SVP fällt mit dem Anschluss der linksbürgerlich ausgerichteten Demokratischen Parteien der Kantone Glarus und Graubünden an die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) 1971. Mit dem Namenswechsel und der Einbindung der eher mit der Arbeiterschaft verbandelten Ostschweizer Parteien will die BGB in die politische Mitte vordringen und vor allem ihr Image als Bauernpartei abstreifen. Die politische Neuorientierung ist bitter nötig, da ihr mit dem Rückgang der bäuerlichen Schicht auch ihre Hauptwählerschaft kontinuierlich wegschmilzt.

Die angestrebte Öffnung findet bei der bäuerlich-konservativen Klientel nur mässig Anklang. Als die SVP bei den Wahlen 1975 erstmals unter die 10-Prozent-Marke fällt, kriselt es richtig. In der Folge duellieren sich Zürich und Bern um die künftige Stossrichtung raus aus der Partei-Misere. Das Seilziehen zwischen dem konservativen Zürcher Flügel rund um Christoph Blocher und den eher liberal ausgerichteten Adolf-Ogi-Anhängerinnen und -Anhängern aus Bern findet seinen Höhepunkt im Nein zur Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Dieses verbuchen die Zürcher als ihren Erfolg. Es ist diese konfliktgeladene Europafrage, die schliesslich den Beginn der SVP-Erfolgswelle einläutet. Bei den Nationalratswahlen 1995 legt die Schweizerische Volkspartei mit knapp 15 Prozent Wählerstimmen zum ersten Mal deutlich zu, bevor sie 1999 richtig triumphiert und zur stärksten Partei aufsteigt.

Initiativenflut...

Im Sinne einer Oppositionspartei reizt die SVP die demokratischen Grundrechte gründlich aus. Dabei setzt sie ihr Augenmerk auf emotionsgeladene und publikumswirksame Kampagnen, die sie finanziell unbeschwert professionell durchführt und ihr zusätzlich zum Erfolg in der Europafrage neuen Aufschwung verleiht. Im Wahljahr 1991 kündigt die Zürcher SVP eine erste Volksinitiative unter dem irreführenden Titel «gegen illegale Einwanderung» an, die am 1. Dezember 1996 nur mit 53 Prozent Nein-Stimmen verworfen wird. Im Rahmen der Abstimmungskampagne will die SVP Schweiz in verschiedenen Deutschschweizer Zeitungen ein Inserat erscheinen lassen, das AsylbewerberInnen pauschal kriminalisiert. Dies provoziert einen nationalen Aufschrei – derart xenophobe Anspielungen in einer öffentlichen Kampagne war man sich von →



Schwerpunkt



einer Bundesratspartei bisher nicht gewohnt. Etliche Tageszeitungen verweigern den Abdruck, doch die SVP bringt damit eine Diskussion ins Rollen, die auf Angstmacherei vor allem Fremden aufbaut. Es gelingt ihr, das extrem rechte Lager endgültig an sich zu binden – das Buhlen um zusätzliche Stimmen ist geglückt.

Die Entrüstung über das «Messerstecher»-Inserat ist noch warm, und sogleich folgt ein «Stiefelinserat» gegen «Linke und andere heimatmüde Parteien». Der Stiefel, als eines der stärksten Sinnbilder der Unterdrückung, symbolisiert die böse und übermächtige EU, die die Schweizer Neutralität mit Füßen tritt. Nicht dass es ihr um praktische Lösungen geht, vielmehr setzt sie auf stammtischtaugliche Stimmungsmache und setzt dabei mit simplen und irreführenden Schlagwortkampagnen neue Massstäbe in politischer Symbolik.

...und zehntausende AUNS-Lämmer folgen artig

Lauten Beifall für ihren reaktionären und nationalistischen Kurs erhält die

SVP auch von der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS). Der 1986 aus dem erfolgreichen Komitee gegen den UNO-Beitritt entstandene rechtsbürgerlicher Stosstrupp fordert bereits Ende der 1980er-Jahre lauthals die Einführung des Notrechts im Asylbereich und wehrt sich mit Händen und Füßen gegen die Antirassismus-Konvention der UNO. Damals noch unter Blochers Fittchen, wettert die europafeindliche Gruppierung über eine «Asylantenschwemme». Der Ausruf eines Mitglieds: «Berechtigte Asylanten sind aufzunehmen, aber zu kastrieren» wird an der Generalversammlung 1989 auch vom Vorstandstisch toleriert. Wen wundert da noch das Lob des Lausanner Holocaust-Leugners Gaston-Armaud Amaudruz an die Adresse Blochers: «Endlich ein Systempolitiker, der die Augen aufmacht.» Bis Mitte der 1990er-Jahre darf der Hitlerfan AUNS-Mitglied bleiben – rechtsextreme Proleten fühlen sich in diesem Kreis sichtlich geborgen.

Avancen nach extrem Rechts

Von nun an muss weder man noch frau eine der in der breiten Öffentlichkeit stigmatisierten rechten Kleinstparteien – sei es die Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat (seit 1990 Schweizer Demokraten) oder die Autopartei (seit 1994 Freiheitspartei) – unterstützen, um eine menschenunwürdige Asyl- und Ausländerpolitik zu forcieren. Ab den 1990er-Jahren übernehmen Teile der SVP, insbesondere die Zürcher Kantonalpartei, das Erbe der Überfremdungsbewegung und führen deren aggressive fremdenfeindliche Politik weiter.

Durch diese neue Themenbesetzung kann sie nicht nur die Wählerschaft von Splitterparteien am rechten Rand aufsaugen, sondern wird auch

Anziehungspunkt für Exponenten aus dem fremdenfeindlichen Lager, die sie mit offenen Armen empfängt. Insbesondere die Nationale Aktion verliert in der Folge Mitglieder, Wähler und Parlamentssitze an die SVP. Dieses Überlaufen ist natürlich nicht mit einem Gesinnungswandel verbunden. Vielmehr sehen sie in der SVP den effizienteren Ort, um ihre politischen Anliegen durchzusetzen. So wechselt beispielsweise der heutige Nationalrat Ulrich Schlüer, ehemaliger Sekretär von James Schwarzenbachs Republikanern, zur SVP.

Rechtsrutsch sprengt «Zauberformel»

Auch die Rahmenbedingungen sind günstig: In den 1990er-Jahren polarisiert sich die Parteienlandschaft der Schweiz, und die Schweizerische Volkspartei erhält regen Zulauf – und zwar nicht nur von oppositionellen Randparteien sondern auch auf Kosten etablierter Regierungsparteien aus dem Zentrum. Steht sie 1991 noch bei 11.9 Prozent, erreicht sie acht Jahre später bereits 22.5 Prozent der Wählerstimmen. Insbesondere die Christliche Volkspartei CVP muss Federn lassen: Der SVP gelingt es in die katholischen Stammlande der CVP einzudringen. Innerhalb nur zweier Nationalratswahlen kann die SVP ihre Wähleranteile verdoppeln. Dieser stürmische Aufstieg bei den eidgenössischen Wahlen 2003 wirbelt auch die seit Einführung der «Zauberformel» 1959 unveränderte Partei-Konstellation im Bundesrat durcheinander. Mit der unstrittenen Wahl Christoph Blochers in die Regierung auf Kosten der CVP-Vertreterin Metzler, wird der Rechtsrutsch nun auch auf der höchsten Exekutiv-Ebene Tatsache.

Die Entwicklung in der Schweiz ist kein Sonderfall: Gegen Ende des Jahrtausends boomt der Rechtspopu-



Finde den kleinen Unterschied... SVP-Plakat 1999

lismus im gesamten Alpenraum und präsentiert sich als nationalistische Alternative im Kampf gegen die Globalisierung. Auch die Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) oder die Lega Nord in Norditalien legen massiv zu.

Zenit überschritten

Die Polarisierung der Parteienlandschaft, die seit 1995 das nationale Wahlgeschehen dominiert hat, ist heute weitgehend am Ende. Das Wahlbarometer sagt der Schweizerischen Volkspartei bei den nächsten nationalen Wahlen im Herbst 2007 keine Höhenflüge mehr voraus – im Gegenteil. Gemäss den Prognosen des gfs Bern wird sie das Resultat von 2003 bestenfalls egalisieren können. Obwohl die SVP Wählerpotenzial vielerorts ausgeschöpft hat, wird sie sich nicht als kurzlebige Protestpartei à la FPÖ vom Politparkett verabschieden. Eine gewisse Sättigung ist zu erkennen, dennoch kann sie sich

als treibende rechtsbürgerliche Kraft auf hohem Niveau stabilisieren.

Auch wenn der SVP für die kommenden Wahlen keine weiteren Stimmengewinne prognostiziert werden, hat sie vieles erreicht. Wurden die Überfremdungsinitiativen von Schwarzenbach in den 1970er-Jahren noch in breiten Kreisen als zu extrem und untolerierbar eingestuft, erregt diese Art von Politik heute weder Widerstand noch grosse Empörung. Ob es aber daran liegt, dass die Grundstimmung in der Gesellschaft xenophober geworden ist oder sich die Bevölkerung mit der Zeit an die rassistischen Töne gewöhnt hat? Sicher ist, mit ihrem populistischen Stil schürt die SVP seit Jahren ein fremdenfeindliches Klima und hat damit Rassismus salonfähig gemacht.



Top oder Flop?

Die Extreme Rechte 2006

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus – explizit oder versteckt in skurrilen Gedankengängen oder Gesellschaftsanalyse – sind zentrale Verbindungsglieder in der Rechten. Unterschiede finden sich in der Direktheit der gemachten Aussagen und der Radikalität, mit der die Forderungen präsentiert oder umgesetzt werden sollen. Von der EDU («Eidgenössisch Demokratische Union»), über die SVP («Schweizerische Volkspartei») und die SD («Schweizer Demokraten») bis zur PNOS («Partei National Orientierter Schweizer») – die Angst vor allem Fremden wird geschürt, um damit noch restriktiver Gesetze vorantreiben oder legitimieren

zu können und in der Gesellschaft Vorurteile zu pflegen. Der nicht parteiförmig organisierte Teil der Extreme Rechten greift die Themen auf und lässt Taten folgen – seine Agitation ist jedoch nicht immer erfolgreich.

Rückschläge und Misserfolge sollen im Mittelpunkt des diesjährigen Jahresrückblicks stehen. Anhand von einigen ausgewählten Beispielen wird verdeutlicht, dass trotz erschreckend hoher Akzeptanz bei einer immer grösser werdenden Anzahl von Menschen, 2006 für die Extreme Rechte in der Schweiz nicht alles problemlos über die Bühne gegangen ist. Rechtsextreme Gruppen und Organisationen sowie deren VertreterInnen, werden zwar vielerorts geduldet und

erhalten indirekt Unterstützung durch die etablierte Parteipolitik. Vor Ärger und Fehlschlägen sind sie aber – nicht zuletzt dank antifaschistisch motiviertem Handeln – nicht gefeit.

Unterstützung von der SVP?

Rassismus ist allgegenwärtig und nicht zuletzt in den Reihen der SVP-PolitikerInnen häufig anzutreffen. So erstaunt es weiter nicht, dass gerade aus dieser Ecke die Rassismusstrafnorm infrage gestellt, respektive deren Abschaffung gefordert wird. Einer SVP-Pressemitteilung vom Oktober 2006 ist zu entnehmen: Die Rassismusstrafnorm «wird vor allem gegen einfache Bürger oder unliebsame Kommunal- sowie Kantonspolitiker eingesetzt, um diese mundtot zu

machen. Der Gesetzesartikel ist zu dem geworden, was deren Initianten stets verhindern wollten, nämlich zu einem Maulkorb-Gesetz gegen den «kleinen Mann»! (...) Sie muss ersatzlos gestrichen oder mindestens dahingehend revidiert werden, dass die Bürger in unserem demokratischen Land nicht mehr Angst haben müssen, wegen einer Meinungsäusserung verklagt zu werden.» Die SVP rennt mit ihrem Vorstoss bei der Extreme Rechten offene Türen ein und trägt zusätzlich noch Wasser auf die Mühlen derer, die kein Blatt vor den Mund nehmen und ganz offen gegen AusländerInnen oder JüdInnen hetzen. Denn die Aktivisten von «Blood & Honour» (B&H) und Co. nehmen den Steilpass dankend an und freuen sich über die Unterstützung durch

die Bundesratspartei. Im B&H-Forum ist zu lesen: «Juhuuu dann darf ich endlich wieder sagen was ich denke und keiner kommt auf die Idee mich als Demagoge oder so anzuschwärzen! Denn was ich betreibe, ist nicht Volksverhetzung, ich bin nur ein begeisterter Natur- und Heimatfreund der gerne die Leute über gewisse Probleme der heutigen Zeit aufklären will!» Der Bündner Neonazi Michael Caminada aka «14Berserker88» zeigt sich da viel weniger zuversichtlich und bemerkt im selben Thread, dass es wohl ein «Traum» bleiben werde, «da die Juden ihre Finger immer und überall im Spiel haben». Dennoch hoffen einige weiter auf die SVP und deren Bundesrat Blocher, «den er hat sich gut eingesetzt für die rechte der (echten) →



Jahresrückblick



Schweizer also uns Eidgenossen». Ob sie sich auch über Christoph Blochers Vorstoss für ein Verbot von rassistischen Symbolen gefreut haben, bleibt unkommentiert.

Militärkarriere ade?

Mit einem blauen Auge sind vier Soldaten davongekommen, die 2005 in der Sommerrekutenschule durch rassistische Sprüche und Hitlergruss aufgefallen sind. Deren Taten wurden 2006 vom Gericht beurteilt, wobei der Untersuchungsrichter zum Schluss kam, dass die Soldaten nur unter sich und nicht in der Öffentlichkeit gehandelt hätten und somit die Rassismustrafnorm nicht angewendet werden könne. Weniger glücklich ist hingegen die Militärkarriere eines PNOS-Aktivisten verlaufen. Die für ihn vorgesehenen Kaderausbildung wurde vorübergehend sistiert. Erst soll das Strafverfahren im Zusammenhang mit einer Verletzung der Antirassismustrafnorm abgeschlossen werden. Dies obwohl Felix Endrich, der Sprecher der Schweizer Armee, in der «Sonntags Zeitung» darauf hingewiesen hat, dass «im Militärdienst die Meinungsfreiheit» gelte.

Rückschläge bei der CD-Fraktion

Verurteilungen wegen rassistischen oder antisemitischen Äusserungen sind bei PNOS-Mitgliedern keine Seltenheit. Pascal Lüthard wurde im Sommer 2006 gleich wegen zweier Verstösse gegen die Antirassismustrafnorm verurteilt. Einerseits weil er im Rahmen einer Auseinandersetzung an der «Solatte» in Burgdorf einen Gewerkschafter als «Judensau» bezeichnet hatte. Andererseits für das Verteilen einer so genannten «Schulhof-CD» in einem Jugendtreff im aargauischen Murgenthal, die vom Gericht als rassistisch eingestuft wurden.

Von diesen «Schulhof-CDs» sind letztes Jahr gleich drei unterschiedliche Exemplare verteilt worden. Zum einen der von der NPD produzierte Tonträger «Der Schrecken aller linken Spießer und Pauker!» und zum anderen die CD «Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund», die aus der deutschen Kameradschaftsszene stammt – sie wurde von Thorsten Heise und Lutz Willert initiiert. Im Raum Bern wurde der «Anpassung ist Feigheit»-Sampler samt «Indiziert»-Aufkleber unter die Leute gebracht.

Dass Musik einen hohen Stellenwert genießt und zudem nicht nur ein wichtiges verbindendes Element innerhalb der Szene darstellt, sondern auch zur politischen Agitation genutzt wird, ist immer wieder feststellbar. Veranschaulichen lässt sich dies zum Beispiel anhand des «Bund Oberland» (BO). Die US-amerikanische «Project Schoolyard»-CD von «Panzerlaust Records», einem rechtsextremen Label, konnte über deren Website bestellt werden – sie wurde gratis abgegeben, wohl in der Hoffnung, damit die potenziellen HörerInnen weiter politisieren zu können. Auf sich aufmerksam gemacht hatten die Aktivisten des BO neben ihrer Internetpräsenz auch durch das Verteilen von Flugblättern mit antisemitischen und fremdenfeindlichen Texten im Berner Oberland. Die beiden zentralen Figuren des «Bund Oberland» schafften es erstaunlich lange, ihre Identität zu verheimlichen. Doch am 26. September 2006 wurden sie enttarnt – dem «Antifaschistischen Webkollektiv» war es gelungen, den E-Mail-Verkehr eines der

Aktivisten mitzulesen.

Besonders interessant ist eine E-Mail, welche an die Adresse von Alexander Rohrbach, Gitarrist von «Indiziert», ging: «Willst du unseren CD-Koffer? Ist ausnahmslos alles drin. Deutsche und Amisachen. Armbinden, Fahnen, Kleber, Hefte und Broschüren. Wir wären froh, wenn wir das Zeug so schnell wie möglich loswerden.



Saubermänner: Haldimann und Friso

Geld wollen wir nicht dafür. Bleibt ja unter uns.» Absender der E-Post ist Mario Friso. Dieser hat sein Agitationsfeld im Oberland verändert und wollte wohl auch deshalb einige Altlasten loswerden. Denn kurz vor dem Outing durch das «Hackerkollektiv» war Friso an die Öffentlichkeit getreten – er amtierte seit dem 1. August 2006 als Präsident der Oberländer PNOS-Sektion. Michael Haldimann, der sich unter dem Pseudonym «Wille» ebenfalls beim BO beteiligt hatte, sollte den Koffer an einer PNOS-Sitzung Dominic «Gixu» Lüthard übergeben, welcher ihn schliesslich Rohrbach zukommen lassen sollte. Dieses Beispiel zeigt, wie klein die organisierte Szene in der Region Bern eigentlich ist – man kennt sich, und ein «heisser Koffer» wird an PNOS-Sitzungen weitergereicht.

Möglicherweise hätte sich auch der langjährige und umtriebige Rechts-extreme Sascha Kunz über den Inhalt des ominösen CD-Koffers gefreut, um diesen dann über seinen Online-Versand verkaufen zu können. Doch selbst wenn der Koffer an Kunz weitergegeben worden wäre, verkaufen hätte er die CDs in seinem Shop nicht mehr können. Ende Mai 2006 wurde sein Portal «utgard.ch» gehackt: «Der Online Shop "Utgard.ch" [wurde] gehackt, und sämtliche (Kunden)Daten ins Netz gestellt. Bei Utgard.ch handelt es sich um einen Shop von Sacha Kunz, nachdem sein Shop "White Revoluti-

on" vor die Hunde ging. Auch diesen (WR) wurde vor etwa einem Jahr bereits gehackt und alle Kundendaten veröffentlicht. Kunz hielt es damals (und heute) nicht mal für nötig, seinen Kunden über den Hack zu informieren und sich für seine larsche Datensicherung zu entschuldigen. Ich hoffe, dass der erneute Datenüberfall diesem Mann gut tut



Utgard.ch gehackt

und er mit seinen Geschäftsaktivitäten endlich aufhört. Wer so mieserabel (und erst noch in die eigenen Taschen) arbeitet, soll m.E. nicht mehr unterstützt werden», resümiert eine Hammerskin-Forums-Schreiberling und bringt auf den Punkt, was auch andere Szenemitglieder angemerkt haben – Kunz hat fahrlässig gehandelt und dadurch seinen Ruf in der Szene nachhaltig geschädigt. Selbst Friso schaltet sich in die Diskussion ein und verkündet selbstbewusst, dass «wer da bestellt selbst Schuld» sei. «Manchmal frag ich mich wirklich, welche Vorstellungen einigen vorschwebt... Jede Tat hat ihre Konsequenzen, auch wenn es die eigene veröffentlichte Adresse ist». Kunz hat nicht nur seinen zweiten Shop innert Jahresfrist verloren, sondern rühmt sich auch als Aussteiger. «Ich steige aus», verkündet er in einem im «Blick» abgedruckten Interview. «Es wurde einfach zu viel. Meine Kinder sollen nicht unter meinem Ruf leiden.»

Wenn Feste platzen

Auch für die «Schweizer Hammerskins» (SHS) ist das vergangene Jahr nicht reibungslos verlaufen. Einen grösseren Rückschlag mussten sie am Samstag, 24. Juni, hinnehmen. Ihr Treffen in Beinwil (AG) wurde von der Polizei aufgelöst, da ihr bei einer Kontrolle vor Ort der Zutritt zum Lokal, einer Scheune, verweigert worden war. Laut Polizeiangaben wur-

den 118 Männer und 37 Frauen aus der Schweiz, Deutschland und Frankreich kontrolliert. Daniel Villiger, der Mieter der Scheune, wurde verhaftet und erst am darauf folgenden Montag wieder entlassen. Zudem wurden bis Ende 2006 zehn Personen wegen Behinderung einer Amtshandlung mit je 500 Franken gebüsst.

Die von Adrian Segessenmann kurz nach dem Vorfall in Beinwil angekündigten rechtlichen Schritte wurden offensichtlich in die Tat umgesetzt. Laut einem Bericht des «Oltenner Tagsblatts» haben sechs Personen beim Gericht eine Beschwerde eingereicht. Eine Ausladung durch den Vermieter verunmöglichte der SHS kurz darauf auch den reibungslosen Ablauf ihrer 1.-August-Feier im von Thomas Wermelinger gemieteten Lokal in Neuenkirch LU.

Grosskotziger und selbstsicherer präsentiert sich die Extreme Rechte in der Öffentlichkeit. Ihre Exponenten treten immer häufiger offen in Erscheinung, um ihr gestärktes Selbstbewusstsein zur Schau zu stellen. Sie geben sich siegessicher und glauben, alles erreichen zu können? selbst für ein grösseres Openair wurde öffentlich geworden. Auch so verläuft nicht alles reibungslos. Selbstsicherheit hin oder her: «Indiziert» wurde Anfang 2006 das Probelokal in Roggwil gekündigt. Die Rechts-Rock-Band musste zum dritten Mal innert kurzer Zeit ihre Zelte abbrechen – sie war bereits aus ihren Übungsräumen in Hindelbank und Burgdorf rausgeschmissen worden. Dass sich die Extreme Rechte von Rückschlägen jedoch nicht von ihrem Tun abhalten lässt, zeigt sich anhand dieses Beispiels deutlich. Denn seit einiger Zeit hat die rechtsextreme Szene aus dem Mittelland wieder ein Lokal gefunden. In der Liegenschaft Steigmatte 1 gehen unterschiedlichste Exponenten der Szene, die sich bereits in Burgdorf die Klinken gereicht haben, ein und aus. Sie treffen sich wieder – in Roggwil! «Jetzt ist die Sache für Roggwil erledigt», liess sich der Roggwiler Gemeindepräsident Erhard Grütter vor über einen Jahr nach der Schliessung des Indiziert-Proberaums zitieren. Schön für dich Erhard, für uns noch lange nicht!



Tagtäglich sind wir mit Faschismen konfrontiert: Hetze gegen AusländerInnen, Übergriffe von Nazis, das Recht des Stärkeren und die kapitalistische Ausbeutung der Schwächeren etc.. Wir verstehen dieses Festival als einen Teil der Gegenkultur und als Bestandteil des alltäglichen anti-

faschistischen Kampfes. Wir wollen Raum bieten für Austausch, Zusammensein und Vernetzung regionaler wie überregionaler antifaschistischer Strukturen. Aber auf keinen Fall zu kurz kommen sollte der Spass, denn der Alltag bietet schon genug Tücken und Macken

Zwei Nächte lang wird in der grossen Halle der Reitschule Live-Musik spielen und dem Faschistenpack gehörig einheizen, genügend Bars und Essstände werden für Verpflegung sorgen und Infostände den politischen Wissensdurst löschen! Tagsüber sollen für jene, die sich beteiligen wollen, Info- und Diskussionsveranstaltungen stattfinden. Damit es kein Festival nur für gut Betuchte wird, haben wir es uns zum Ziel gesetzt, genügend Schlafplätze gegen einen kleinen Solibeitrag und eine VoKü zu organisieren.

Also, bis bald und mit antifaschistischen Grüßen, das Festival-Team.





Bewegung in Bewegung

Eine antifaschistische Kampagne sorgt in Bern, Biel, Burgdorf, Solothurn und Thun für Furore

Antifa in Hülle und Fülle: Mit über zwanzig Aktionen und Happenings markiert ein breites Aktionsbündnis antifaschistischer und antirassistischer Gruppen von Mai bis Juli in Bern, Biel, Burgdorf, Solothurn und Thun Präsenz: Die Kampagne «Die Dinge in Bewegung bringen!», die sich gegen Ausgrenzung, Rassismus und Nationalismus wendet, ist eine Antwort auf den verkorkten letztjährigen Abendspaziergang in Bern – und ein kräftiges Lebenszeichen der antifaschistischen Bewegung.

Die Kampagne ist gut angelauten: Der Rechtsextremismus-Experte Hans Stutz referierte am 4. Mai im Tojo-Theater der Reitschule Bern vor vollen Rängen – ein begeisterter Eröffnungsanlass. Das mobile «Wagenkonzert» vom 11. Mai in Burgdorf besuchten rund hundert Personen und nahmen für einmal den Neonazis den öffentlichen Raum.

Viel anerkennendes Schulterklopfen gab es bislang von der Lokalpresse: Der «Bund» spricht der antifaschistischen Bewegung «neue Kreditfähigkeit» zu und attestiert ihr, viel inhaltliche Knochenarbeit geleistet zu haben. Die «Berner Zeitung» ihrerseits lobt: «Die Antifa erfindet sich neu.»

In der Folge dokumentieren wir den Aufrufstext «Die Dinge in Bewegung bringen!». Zwei Mitglieder von Repro und ein Vertreter der Antifa Bern stehen in einem Interview Red und Antwort. Verschiedene an der Kampagne beteiligte Gruppen erhalten zudem eine Plattform, sich und ihre politische Ziele zu präsentieren.

Interview

«Es ist an der Zeit, alte Geschichten zu vergessen»

Vor allem in den Kleinstädten und ländlichen Gebieten im Kanton Bern ist die rechtsextreme Szene nach wie vor stark präsent. Umso erfreulicher ist es, dass eine Vielzahl antifaschistischer Gruppen mit einer kraftvollen und gemeinsam getragenen Kampagne Gegensteuer geben. Ein Interview mit zwei Mitgliedern von Repro und einem Vertreter der Antifa Bern.

lautstark: Könnt ihr kurz erklären, wie sich die Rechtsextremen und Neonazis in eurer Region bemerkbar machen. Wie sind diese organisiert? Wer sind die Drahtzieher?

Klaus (Repro): In Burgdorf sticht die Partei National organisierter Schweizer (PNOS) heraus. Mit Denise Friedrich wohnt gar ein Mit-

glied des Bundesvorstandes der PNOS in der Stadt. Im Umfeld der Partei bewegen sich auch Alex und Cédric Rohrbach. Die beiden Brüder haben auch eine tragende Rolle in der rechtsextremen Szene rund um Burgdorf. Sie treten allerdings nicht mehr so häufig in der Öffentlichkeit auf. Dies wird von anderen Neonazis, wie zum Beispiel Steve Schüpbach oder Reto Siegenthaler übernommen. Schüpbach trifft sich regelmässig mit weiteren Neonazis in der Oberstadt von Burgdorf. Früher verkehrten diese Neonazis im Umkreis des Bahnhofs und warteten auf missliebige Jugendliche, um diese dann tätlich anzugreifen. Die Neonazis konnten allerdings mittels verschiedenen Aktionen von der Umgebung des Bahnhofes vertrieben werden. In der Oberstadt können sich die Rechtsextremen allerdings bis heute frei bewegen. Sie verkehren in diversen Lokalen und sind dort auch gern gesehene Gäste.

Lena (Repro): Die Neonazis haben in Burgdorf auch kein Problem, ein Konzert mit rechtsextremen Bands durchzuführen. Namentlich ist hier das Indiziert-Konzert vom vergangenen Jahr in einem kleinen Keller in der Oberstadt zu erwähnen. Ebenfalls konnte im Dezember 2004 in Rohrmoss, nur ein Katzensprung von Burgdorf entfernt, ein Konzert mit Indiziert und Oidozie durchgeführt werden. Die Öffentlichkeit unternahm bei beiden Konzerten nichts gegen die Rechtsextremen.

Guido (Antifa Bern): In der Stadt Bern gibt es keine organisierte Neonaziszene. Es gibt einige Exponenten, die für die PNOS sympathisieren oder gar Mitglied der Partei sind, aber eine eigenständige Organisation oder gar eine Stadtberner PNOS-Sektion existiert nicht. Die rechtsextremen Organisationen treten vor allem in ländlichen Gebieten öffentlich in Erscheinung. In Bern sind es wohl eher die national-konservativen Parteien, welche zeitweise die Neonazis mit Aussagen oder Auftritten übertrumpfen. Bernhard Hess, welcher für die Schweizer Demokraten (SD) im Nationalrat sitzt, sollte hier genannt werden, hatte er doch immer wieder Kontakte mit der rechtsextremen Szene, sei es im Rahmen des heichnischen Zirkels «Avalon», sei es mit dem Holocaust-Leugner Bernhard Schaub. Auffällig ist auch der Thomas-Fuchs-Zögling Erich Hess, welcher die Berner JSVP präsidiert und für eben diese im Stadtrat sitzt. Im Stadtrat verglich er jüngst Asylbewerber mit Insekten – eine Aussage, die unmissverständlich ist und an die Zeiten des Nationalsozialismus erinnert.

Klaus: Hier ist noch anzufügen, dass der Burgdorfer Adrian Wyss klar der rechtsextremen Szene zuzuordnen ist. Adrian Wyss ist Parteimitglied der Schweizer Demokraten (SD) und liess

sich vor noch nicht allzu langer Zeit für die Ersatzwahlen des Gemeinderates aufstellen. Wyss wurde nicht gewählt, erzielte allerdings knapp 20 Prozent der Stimmen. Er wurde im April von seinen Parteikameradinnen und -kameraden als Ständeratskandidat nominiert.

Was unternimmt ihr als antifaschistische Gruppierungen gegen die rechtsextreme Szene?

Lena: Gegen Lokale, die Neonazis bewirten, organisierten wir letztes Jahr eine Postkarten-Aktion. Mit den Postkarten, welche verteilt wurden, informierten wir die Öffentlichkeit über die Lokale, in denen die Rechtsextremen rege verkehrten. Die Bevölkerung erhielt mit den Postkarten auch gleich eine Gelegenheit, selber



Wagenkonzert in Burgdorf

konkret etwas gegen Rechtsextremismus zu machen. Die Postkarte konnte an das jeweilige Lokal verschickt werden und somit der oder die LokalbesitzerIn auflordern, die Neonazis in ihrem Lokal nicht mehr zu bewirten.

Klaus: Wir versuchen, das Netzwerk und die Aktivitäten der rechtsextremen Szene zu beobachten und zu dokumentieren. Das Zusammentragen von Informationen gibt uns ein genaueres Bild dieser Szene. Interessant ist auch, wer in dieser Szene aktiv ist und wer welche Aufgaben übernimmt.

Guido: Unsere Arbeit fokussiert sich ebenfalls auf das Zusammentragen von Informationen zu rechtsextremen Strukturen. Wir produzieren drei Mal im Jahr eine antifaschistische Zeitung, welche mit einer Auflage von über 6000 Stück in der ganzen Schweiz gratis verteilt wird. Wir versuchen, hauptsächlich mit Öffentlichkeitsarbeit auf die rechtsextremen Machenschaften, sei es Konzerte, Parteiveranstaltungen oder Partys, aufmerksam zu machen und die Strukturen oder Personen, welche dahinter stecken, aufzudecken.

Repro und auch die Antifa Bern sind Teil

der momentan laufenden Kampagne. Was war den eure Motivation, an einer solchen Kampagne mitzuwirken?

Lena: Unser Anliegen war, dass diese Kampagne möglichst breit getragen wird – und da war es für uns selbstverständlich, dass wir uns daran beteiligen. Ebenfalls ist Burgdorf eine Art Hochburg der rechtsextremen Szene im Kanton Bern. So gesehen war es nahe liegend, dass wir diese Kampagne unterstützen werden.

Guido: Eine Motivation von uns war auch, dass wir als antifaschistische Gruppen wieder einmal gemeinsam und geschlossen an die Öffentlichkeit treten können. In den letzten Jahren divergierte sich die Bewegung immer weiter auseinander. Jetzt ist es

ermöglicht auch, dass sich Interessierte daran beteiligen können, die ansonsten nicht unbedingt an eine Demonstration gehen würden.

Rechtsaussenpolitiker wie zum Beispiel Erich Hess machen immer wieder mit derb rassistischen Äusserungen auf sich aufmerksam. Die Empörung in der Bevölkerung und den Medien hält sich meist in Grenzen und ist nur von kurzer Dauer. Sind fremdenfeindliche und diskriminierende Aussagen salonfähiger geworden? Welches sind die Gründe für diese ungute Entwicklung?

Klaus: Das ist ein grosses Problem der Linken, welche eigentlich kaum mehr existiert. Die SozialdemokratInnen rücken immer mehr in die Mitte und ihre letzten linken Inhalte sind noch, dass sie die SVP als rechtsaussen und somit als «böse» Partei darstellen. Die SVP bereitet in den letzten Jahren das Terrain für eine latente Ausländerfeindlichkeit in der Gesellschaft äusserst geschickt vor. Daher ist es auch nicht erstaunlich, dass solche Aussagen unreflektiert und unwidersprochen bleiben.

Guido: Ich denke auch, dass die SVP hier als Wegbereiter für solche Äusserungen, respektive deren Tolerierung, angeschaut werden darf. Die permanente Diskriminierung und Beschuldigung der ausländischen Bevölkerung für allerlei gesellschaftlichen Probleme führen wohl schon dazu, dass solche Aussagen unüberlegt hingenommen werden.

Am diesjährigen 1. Mai tauchten einige PNOS-Mitglieder an der Gewerkschaftsdemonstration in Aarau auf. Sie verteilten «antikapitalistische» Flyer und marschierten beim Umzug gar mit einem eigenen Transparent mit. Der «Antikapitalismus» sowie das Benutzen von linken Symbolen ist in der rechtsextremen Szene im Trend. Wie soll insbesondere mit der rechten «Kapitalismuskritik» umgegangen werden?

Klaus: Der Fakt, dass die Neonazis unsere Symbolik benutzen und kopieren, sollte uns eigentlich keine grossen Sorgen bereiten und uns schon gar nicht dazu veranlassen, unseren Aktionen, Symbolen oder Parolen zu ändern. Wichtig ist vielmehr, dass die «Kapitalismuskritik» von rechts genau untersucht und ihre Schwachstellen aufgedeckt werden.

Lena: Schnell wird bei der «Kapitalismuskritik» von rechts augenfällig, dass die Rechtsextremen ein sehr verdächtiges Vokabular verwenden. Begriffe wie «Volksgemeinschaft» und «Zinsknechtschaft» erinnern stark an den Nationalsozialismus und sind nichts anderes als eine verkappte «Ausländer raus»-Parole oder eine antisemitische Anspielung.

Guido: Wichtig ist es – neben einer sorgfältigen Analyse ihrer «Kapitalismuskritik» –, mit eigenen Argumenten dagegen zu halten.

Besten Dank für das interessante und aufschlussreiche Gespräch.

Lena: Genau, die Bandbreite der Aktionen ist wirklich sehr gut. Dies

Antifa Kampagne



Die Dinge in Bewegung bringen! – eine antifaschistische Kampagne

Bern, Biel, Burgdorf, Solothurn und Thun – Mai bis Juli 2007

Ein Land der Ausschaffungsknäste? Freies Wort für Genozid-LeugnerInnen und RassistInnen? Parlamentssitze für HitlerverbrecherInnen? Strasse frei für Nazi-SchlägerInnen? Nein danke! Wir haben es in der Hand: Kämpfen wir gemeinsam gegen Ausgrenzung, Rassismus und Nationalismus! Bringen wir die Dinge in Bewegung!

Mit wuchtigem Mehr haben die Schweizer Stimmberechtigten am 24. September 2006 das schärfere Asyl- und Ausländergesetz gutgeheissen – und damit eine der restriktivsten Asylgesetzgebungen in Europa überhaupt. Klar ist: Die oft und gerne bemühte «humanitäre Tradition» des Landes ist leeres Geschwätz. Seit den 1980er-Jahren kennt die Asyldebatte hierzulande nur noch eine Richtung: Rechte von MigrantInnen und Migranten abbauen.

Justizminister Christoph Blocher nutzte als Abstimmungssieger die Gunst der Stunde, um eine Attacke gegen die Antirassismus-Strafnorm zu reiten – notabene bei einem Besuch in der Türkei, einem Land, welches die Menschenrechte mit Füßen tritt. Blochers SVP schürt derweil den Kulturkampf gegen den Islam: Die rechtspopulistische Partei engagiert sich an vorderster Front gegen den Bau von Minaretten in der Schweiz. Und geht im Wahljahr 2007 mit billigster Stimmungsmache – der Lancierung einer Volksinitiative gegen «kriminelle Ausländer» – auf Stimmfang.

Wölfe im Schafspelz

Auch die rechtsextreme Partei National Orientierter Schweizer PNOS kämpft für die «zügige Rückführung kulturfreudiger Ausländer in ihre Heimat». Die durch und durch antidemokratische Partei schimpft sich grosspurig Kämpferin für ein «europäisches Europa», während sich ihr Aktionsradius faktisch auf die Regionen Burgdorf / Langenthal und Interlaken reduziert. Die Handvoll PNOS-Aktivistinnen und -Aktivisten, die gerne den Biedermann mimen, können nur schlecht kaschieren, aus welcher Ecke sie stammen: HolocaustleugnerInnen, RassistInnen und Nazis sind es, die sich als «eidgenössische Sozialisten» in der Politik versuchen.

Rassistische Slogans in Sportstadien, brutale Übergriffe und Anpöbeleien auf offener Strasse – etwa ein Zehntel der Jugendlichen hat direkte Erfahrung mit gewaltbereiten Neonazis – und nächtliche Schüsse auf Flüchtlingsheime: Rechtsextreme Gewalt kennt viele Gesichter. Der Rechtsrock ist ihr übler Soundtrack: zum Hass anstachelnd, Gewalt verherrlichend, zutiefst rassistisch, sexistisch und antisemitisch. Nach wie vor ist die Schweiz ein Konzertparadies für Neonazis – obwohl das Bundesgericht rechtsextremen Konzerten eigentlich bereits 2004 den (privaten) Boden entzogen hat.

Rechtsextreme fallen nicht einfach vom Himmel. Sie sind Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Stimmung, die zunehmend von Fremdenfeindlichkeit und Entsolidarisierung geprägt ist. Die Brutalisierung der Wirtschaft treibt den Konkurrenz- und Verdrängungskampf auf die Spitze – und fördert so das Bedürfnis, auf noch Schwächeren herumzuhacken, den Frust an Sündenböcken abzureagieren. Die Demagogisierung der Politik, wie sie die SVP mit kostspieligen Inseratekampagnen betreibt, empfinden Neonazis als Aufmunterung für eigene Untaten.

Nix wie Antifa!

Eine Bewegung mit Geschichte: Seit Jahren sorgen wir antifaschistische und antirassistische Gruppen und Organisationen dafür, dass den Blochers, Schliuers, Hirschs, Lüthards, Segessenmanns & Co. ein eisiger Wind entgegen bläst – mit unterschiedlichen Mitteln, auf unterschiedlichen Ebenen. Und wir lassen nicht locker: Keine Ausschaffungen – Bleiberecht für alle! Keine Bühne für PopulistInnen! Kein Quadratmeter Strasse für Neonazis! Kein Gemeindesaal für RechtsrockerInnen! Das Übel an der Wurzel packen – Kapitalismus angreifen!

Mit einem bunten Strauss von lokal organisierten Aktionen und Happenings – von der lautstarken Demonstration über freches Kasperltheater, einen lehrreichen Stadtrundgang, erhellende Diskussionsabende, rauschende (Konzert-)Partys und einer rasanten Gummibootfahrt bis zum antirassistischen Fussballturnier – wollen wir diesen Frühling und Sommer ein unmissverständliches Zeichen setzen für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Ausgrenzung und martialisch aufgerüstete Polizeiaufgebote ins Leere laufen lassen: Vorsicht, wir sind selbstdiszipliniert unterwegs. «Die Dinge in Bewegung bringen! – eine antifaschistische Kampagne», getragen von einer Vielzahl von Gruppierungen (in alphabetischer Reihenfolge): *Anarchistische Aktion Bern, Antifa Bern, Antifa Festival, Antifa Oberland, Augenauf Bern, Ausstellungskollektiv Brennpunkt Faschismus, Autonome Gruppe Bern, Bündnis Alle gegen Rechts, Gasenküche SIKB, Infoladen Bern, Libertäres Antifaschistisches Kollektiv Thun (LAKT), Organisation Socialiste Libertaire (OSL) Biel/Bienne, Repro und Soletta Antifascista.*

«Antifa Oberland»: Gegenöffentlichkeit schaffen

Seit dem Mord an Marcel von Almen in Unterseen (2001) und dem Schusswaffenvorfall in Thun (2005) sind Rechtsextreme im Berner Oberland aktiver denn je. Zudem ist eine zunehmende Institutionalisierung der rechtsextremistischen Szene zu beobachten. Beispiel: die Gründung der neuen PNOS-Sektion Berner Oberland am 1. August 2006 durch die Mitglieder des ehemaligen «Bund Oberland».

Die Antifa Oberland ist ein Zusammen-

schluss von AntifaschistInnen, der sich mit den nationalistischen und rechtsextremen Strukturen und Personen im Raum Berner Oberland befasst und diesen entgegenwirkt. Unser Antifaschismus beschränkt sich aber nicht nur auf den Widerstand gegen Neonazis und deren Strukturen, sondern umfasst den Kampf für eine Welt, welche ein selbstbestimmtes Leben ohne jegliche Herrschaft beinhaltet.

Schwerpunkte unserer Arbeit sind:

- Strukturen von Neonazis und

Rechtsextremen aufdecken und schwächen
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch Medienarbeit, Kampagnen, Flugblätter und anderem eine Gegenöffentlichkeit schaffen zu der bürgerlichen Presse und der rechtsextremistischen Propaganda, welche den latenten Rassismus sowie die fremdenfeindliche Stimmung im Berner Oberland schüren Unterstützung von Opfern rechter Gewalt. Uns ist es ein Anliegen, Aktivitäten von Gruppen und Einrichtungen mit vergleichbaren Ansätzen zu unterstützen.
www.a-i-o.ch/uv



«augenauf»: für Grund- und Menschenrechte

Immer neue Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht, Polizeigewalt auf der Strasse und in den Gefängnissen, rassistische und menschenverachtende Behördenpraxis, Ausbau der Überwachung, Einnahme des öffentlichen Raumes, Repression gegen politisch Aktive – augenauf wehrt sich gegen den verschärften Angriff auf die Grund- und Menschenrechte in der Schweiz und die systematische Gewöhnung der Bevölkerung daran.

Seit nunmehr zwölf Jahren setzt sich augenauf für die Grundrechte aller Menschen ein und unterstützt Betroffene von staatlichen (und zunehmend privaten) Übergriffen, Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen. Die Menschenrechtsorganisation wurde 1995 im Zuge der Einführung der «Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht» in Zürich gegründet. Die neue Gesetzgebung beinhaltete unter anderem die Ausschaffungshaft und das so genannte «Rayonverbot». Ein Jahr später gründeten Angehörige und FreundInnen eines Opfers rassistischer Polizeigewalt die Berner augenauf-Gruppe, 1999 folgte augenauf Basel. Die drei Gruppen bieten heute Beratungen und Begleitungen für Betroffene an und kämpfen mittels Dokumentations- und Öffentlichkeitsarbeit für die Einhaltung grundlegender Rechte.

Fokus auf Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht

MigrantInnen sind in besonderen Masse von gesetzlichen Diskriminierungen betroffen und Willkür, Rassismus und Gewalt von Behörden und Polizei ausgeliefert. Aus diesem Grund richtete augenauf seinen Blick in der Vergangenheit vor allem auf die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht – und wird es angesichts des neuen Asyl- und Ausländerrechts und der herrschenden Praxis weiterhin tun. Insbesondere die Situation in Asylzentren und Ausschaffungsgefängnissen sowie Zwangsausschaffungen sind regelmässig Inhalt von Protestaktionen und Öffentlichkeitskampagnen von augenauf. Die Kampagnen zum Tod von Khaled Abuzarifa (1999) und Samson Chuk-

wu (2001) haben dazu geführt, dass heute atmungsbehindernde Massnahmen und Zwangsmedikationen bei Ausschaffungen verboten sind – doch dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass bei Ausschaffungen weiterhin gefesselt und geschlagen wird und neuerdings Elektroschockgeräte (Taser) erlaubt werden sollen.

Dieser und weitere Erfolge – wie die Verhinderung des Transitabkommens mit Senegal im Jahr 2003 oder die Registrierung von über 3000 Handynummern für Menschen mit F-, N- und S-Ausweisen vor drei Jahren – sind aber nur Tropfen auf den heissen Stein angesichts der kontinuierlichen Verschärfungen im Asyl- und Ausländerrecht und der behördlichen Praxis in der Schweiz der letzten zehn Jahre.

Schleichender Abbau der Grundrechte

Es zeichnet sich ab, dass die Schweizer Bevölkerung systematisch an den schleichenden Abbau von Grundrechten gewöhnt werden soll. Marginalisierte Gruppen wie MigrantInnen oder so genannte Randständige dienen als Versuchs- und Gewöhnungsfeld von neuen Repressionsinstrumenten und Grundrechtseinschränkungen. Es ist für den Staat leichter, Rechte abzubauen und einzuschränken, wenn dies zunächst «nur» Menschen betrifft, die über keine oder wenige Möglichkeiten verfügen, ihre Interessen zu vertreten. Der Mehrheit der Bevölkerung können solche neuen Massnahmen einfach als «im öffentlichen Interesse» und als Kampf gegen «Missbrauch» kommuniziert werden. Durch das Schüren von Angst und Vorurteilen soll jegliche Solidarität verhindert werden. Wenn Restriktionen erst einmal für einen Teil der Bevölkerung eingeführt und erprobt sind, ist es wesentlich leichter, diese auf weitere Teile auszudehnen.

Gläserner Mensch

Paradebeispiel für eine kontinuierliche Gewöhnung ist die zunehmende Überwachung des öffentlichen und privaten Raumes. Mit der Sicherheit von PassantInnen und dem Schutz von Eigentum wird die scheinbare Notwendigkeit der vielen kleinen «Big Brothers» begründet, welche sich schnell im Alltag etablieren und aus dem Bewusstsein der Beobachteten verschwinden. Auch hier werden neue Technologien wie einst die

Videokamera und aktuell die Gesichtserkennung zunächst im Flughafen Zürich gegen unerwünschte MigrantInnen oder im Stadion gegen Eishockey-Fans eingesetzt, getestet und perfektioniert, bevor sie in Zukunft flächendeckend eingesetzt werden. Die «allgemein verständlichen» Begründungen sind hier Asylmissbrauch bei erstem, Gewaltbereitschaft und «Hooliganismus» bei letzteren. Bezüglich der Offenlegung privater Daten sind einerseits «Terrorismus» und «Extremismus» schlagende Argumente für die staatlichen Überwachungsbestrebungen, auf der anderen Seite werden KonsumentInnen mit Sparanreizen zur systematischen Speicherung ihrer persönlichen Daten und ihres Verhaltens verführt. Die Privatwirtschaft trägt damit viel zur Gewöhnung an den gläsernen Menschen bei.

Ein weiteres Beispiel sind die Kürzungen, Kontrollmassnahmen, Outsourcing und Privatisierungen im sozialen Bereich, welche oft zuerst bei Asylsuchenden und danach gegen SozialhilfebezüglerInnen eingesetzt werden. So haben die Kantone schon vor Jahren begonnen, die Betreuung von Asylsuchenden an private, gewinnorientierte Unternehmen abzugeben – und seit einiger Zeit beauftragen nun einzelne Gemeinden Firmen mit weiteren Aufgaben ihrer Fürsorgebehörden, die auch die anderen BezügerInnen betreffen. Vor allem aber ist tagtäglich zu sehen, wie die Repression auf der Strasse gegen MigrantInnen, DrogenkonsumentInnen und alle, die das Bild der sauberen Stadt stören, Normalität geworden ist. Rassistische und verbale Attacken, Wegweisungen und körperliche Gewalt durch Polizei und private Sicherheitsdienst gehören zu den täglichen Strassenszenen in Schweizer Städten. Die Grund- und Menschenrechte werden in der Schweiz mit Füßen getreten und Stück für Stück abgeschafft.

Mehr Infos: www.augenauf.ch / bern@augenauf.ch



«Bündnis Alle gegen Rechts»: Mehr als AbendspaziergängerInnen

Herbst 1999 in Bern: Um den alltäglich gewordenen Übergriffen von Nazi-Skins auf AusländerInnen, Andersdenkende und Punx Einhalt bieten zu können, bündeln verschiedene Gruppen und Einzelpersonen aus der ausserparlamentarischen Linken ihre Kräfte und schliessen sich zum Bündnis Alle gegen Rechts zusammen.

Mit antifaschistischen Abendspaziergängen, Demos, direkten Aktionen und Recherche gelingt es schliesslich, die Öffentlichkeit auf den zunehmenden Rassismus und die rechte Gewalt aufmerksam zu machen und die FaschoschlägerInnen zurück zu drängen.

Nach diesen ersten Erfolgen bleibt das Bündnis Alle gegen Rechts weiter aktiv und beteiligt sich an diversen Aktionen und Kampagnen gegen Kapital und Repression. Denn: Unser Kampf richtet sich nicht ausschliesslich gegen die NazischlägerInnen auf der Strasse – sie sind nur ein Auswuchs dieser unsolidarischen, kapitalistischen, sexistischen, autoritären und rassistischen Gesellschaft!

Zunehmende Repression

Der Schwerpunkt liegt aber weiterhin im Antifa-Bereich, im Speziellen organisiert das Bündnis Alle gegen Rechts in den folgenden Jahren die Antifaschistischen Abendspaziergänge, an denen – trotz (oder wegen?) radikaler Inhalte und bewusst verweigerter Bewilligung – bis zu 4000 Menschen teilnehmen. Diese Resonanz führt wiederum dazu, dass Polizei und Politik die Antifaschistischen Abendspaziergänge kriminalisieren und schliesslich mit starker Repression dagegen vorgehen.

Im Frühling 2005 können die AbendspaziergängerInnen zwar noch einmal einen Umzug erzwingen (die Polizei weicht im letzten Moment zurück). 2006 aber geht die Polizeitaktik auf, der Abendspaziergang kann verhindert werden. Es

kommt zu ungezielten Ausschreitungen im Bollwerk. Dieser Misserfolg geht nicht spurlos am Bündnis Alle gegen Rechts vorbei. In laugen Diskussionen werden Grundsatzfragen gestellt und neue (und alte) Strategien ausgeheckt. Schliesslich ergreift das Bündnis Alle gegen Rechts die Initiative für eine neue Antifa-Kampagne im Mittelland. Diese stösst bei vielen Gruppen auf reges Interesse. Gemeinsam scheint einiges möglich zu werden und es kommt wieder Bewegung in die Bewegung...

Das Bündnis Alle gegen Rechts will:

- Über faschistische Organisationen informieren, die Öffentlichkeit sensibilisieren, um so die Zivilcourage zu fördern und gegen das Vergessen anzukämpfen.
- Solidarische Widerstandsstrukturen aufbauen und fördern.
- Institutionen und Strukturen bekämpfen, die ein freies, emanzipiertes und menschenwürdiges Leben verunmöglichen. (Patriarchat, Kapitalismus, Staat...). Aus der Überzeugung, dass in einer Welt, in der Solidarität, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit gelebt werden, Faschismus nicht mehr möglich sein wird.
- Bedrohte Menschen und Strukturen schützen.
- Präsent sein im öffentlichen Raum, uns weder von FaschistInnen noch von PolizistInnen verdrängen und wegprügeln lassen.
- Bestehende faschistische Organisationen und Banden schwächen, um ihren Zuwachs zu stoppen und ihre Ausdehnung zu verhindern.
- Schon hier und heute einen solidarischen, antirassistischen, antisexistischen, antikapitalistischen Alltag leben, am Arbeitsplatz, in der Schule, auf der Gasse, im eigenen Umfeld und Freundeskreis – so schwierig es auch sein mag.

Mehr Infos:
www.buendnis-gegen-rechts.ch

«Libertäres Antifaschistisches Kollektiv Thun»: Den Neonazis den Raum nehmen

Das «libertäre antifaschistische Kollektiv Thun» (LAKT) besteht seit Herbst 2006. Es fanden sich diverse Menschen mit unterschiedlichsten politischen Hintergründen zu einem gemeinsamen Nenner, dem Antifaschismus, zusammen.

Verschiedene Gründe bewegten uns dazu, ein antifaschistisches Kollektiv ins Leben zu rufen: Am 1. August 2006 wurde in Unterseen bei Interlaken eine Sektion der Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) gegründet, die durch den Anschein demokratischer und legaler Mittel rassistisches und antisemitisches Gedankengut in die Mitte der Gesellschaft tragen will.

Auf der Strasse hat die Gewalt von Rechtsextremen eine neue Dimension erreicht. Der Schusswaffenvorfall im Juli 2005 zeigt, wie wenig Menschenleben für Neonazisten zählen.

Ignorante Behörden

Auch im Januar 2007 manifestierten die Neonazis, wie gewalttätig sie sind. So griffen sie einen schwarzen Jugendlichen an, der mit seinen KollegInnen unterwegs war. Der neue Polizeivorsteher von Thun, Hermann E. Jutz, bagatellisiert die rechtsextreme Szene in Thun. So glaubt er nicht, «dass wir es in Thun mit wirklich harten Rechten zu tun haben». Diese Aussage zeugt von Ignoranz. Wer die Augen in Thun

offen hält, enttarnt dieses Statement als unwahr.

Antifaschistischer Widerstand hingegen wird in Thun nicht geduldet. Das martialische Polizeiaufgebot verbündete unter Einsatz von Gummigeschossen und Tränengas eine bis dahin friedliche antifaschistische Demonstration im Oktober 2005.

Das LAK-Thun will die Öffentlichkeit auf die faschistischen Tendenzen in der Bevölkerung sowie auf gewaltbereite rechtsextremen Gruppierungen auf der Strasse sensibilisieren.

Verschiedenste Aktionsformen

Durch gezielte Flyeraktionen, Infoveranstaltungen und Konzerte versucht das LAK-Thun, breite Bevölkerungsschichten zu erreichen. In der Zusammenarbeit mit AIO (Antifaschistische Informationsplattform Oberland) wird im Internet eine Informationsplattform für Interessierte zur Verfügung gestellt.

Unser Schwerpunkt liegt in der Organisation von Anlässen wie Demonstrationen, Konzerte, Infoveranstaltungen und Spassaktionen (Schlitteln, Gummibootdemo etc.). Um viele verschiedene Zielgruppen ansprechen zu können, wird bewusst eine breite Palette von Aktionsformen gewählt.

Die Demonstrationen sollen Informationen an die Bevölkerung vermitteln sowie die Aufmerksamkeit der Medien gewinnen. An den Infoveranstaltungen bieten wir themen-

spezifische Wissen zu diversen Themen an. Die Konzerte dienen dazu, Leute anzusprechen und die Thematik neuen Kreisen zugänglich zu machen. Die Spassaktionen lockern die starre Auseinandersetzung mit der Politik auf und sind ein Versuch, der Repression von Seiten des Staates zu entfliehen.

Durch Präsenz im öffentlichen Raum wollen wir den Rechtsextremen den Platz wegnehmen ganz nach dem Motto: «Kein Fussbreit dem Faschismus».

Gemeinsam sind wir stark

Zudem fördern wir den Austausch mit Gruppen, die ähnliche Ziele verfolgen wie wir und arbeiten an einer besseren Vernetzung der Szene, um so einen breiteren Widerstand aufzubauen.

Wir setzen uns dafür ein, die Herrschaft zu überwinden. Den Zwang, alles zu kontrollieren, wollen wir durchbrechen und eine gleichberechtigte, freie, sich autonom verwaltende Gesellschaft, in der das Individuum Mensch zählt, welches im basisdemokratischen Kollektiv mitbestimmt, errichten.



«Infoladen»: Bibliothek und Treffpunkt

Der Infoladen in der Reitschule beherbergt über 2000 Bücher, ein Archiv für Zeitschriften, Dokumente, Videos, DVDs und ähnliches aus linken Bewegungen. All dies kannst du hier betrachten oder, jedenfalls

die Mehrzahl davon, ausleihen (umsonst versteht sich).

Allerdings ist unser Infoladen nicht bloss eine Bibliothek, sondern auch ein Sitzungszimmer, ein Laden für T-Shirts, Pins und Aufnäher, ein Gratis-Internetcafé, oder oft auch nur ein Raum zum gemütlichen Zusammensein ohne Konsumzwang. Es finden immer wieder Vorträge, Dokumentationen, Lesungen, etc statt. Falls dir noch weitere Verwendungsmöglichkeiten einfallen sollten, sende uns eine E-Mail an «infoladen@reitschule.ch», wir sind immer für Anregungen offen.

Non-Profit-Projekt

Der Infoladen ist ein Non-Profit-

Projekt. Er wird finanziert aus der Umverteilung von Einnahmen der Reitschule, sowie aus Sach- und Geldspenden.

Das Kollektiv des Infoladens setzt sich aus Menschen mit verschiedenen Interessen und Schwerpunkten zusammen. Der Infoladen soll kein elitäres Angebot sein, sondern steht allen Interessierten offen.

Öffnungszeiten: Donnerstag 19 bis 21 Uhr, Freitag 19 bis 22 Uhr, Samstag 20 bis 22 Uhr.

Mehr Infos: www.infoladen-bern.ch



Die Dinge in Bewegung bringen!

Eine antifaschistische Kampagne

Vortrag
Mit dem Büchertipp auf den Büchertrip - Part 1

Der Infoladen stellt vor:
Perlen aus dem Infoladen. Rund 10-minütiger Vortrag pro Buch.
Corinna Milborn: Gestürzte Festung Europa. Mauern. Ghettos. Terror. Das Schwarzbuch
Anni Lanz, Manfred Züfle (Hrsg.): Die Fremdmacher
Christoph Butterwege, Gudrun Hentges: Massenmedien, Migration und Integration: Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung

1. Juni 2007, 20 Uhr, Infoladen, Reitschule Bern

Vortrag
More than Music:
Black Metal im Spannungsfeld von Satanismus, Heidentum und Neonazismus

Ein Vortrag von Christan Dornbusch und Hans-Peter Killguss.

Für eingefleischte Fans ist Black Metal mehr als einige brutale Akkorde oder ein spezifisches Image. Er ist und will Ideologie sein. Der politische Kontext diverser Bands wird vom breiteren Publikum oft ausgeblendet, und die Bestrebungen am rechten Rand bleiben unbeachtet, obwohl dort eine mehr oder weniger offen neonazistische Szene entstanden ist, deren Übergänge zum «normalen» Black Metal fließend sind.

2. Juni 2007, 20 Uhr, Kino, Reitschule Bern

Bürostuhlrennen
Rollen gegen Rechts

Auf Bürostühlen kann mensch nicht nur langweilige und anstrengende Arbeitsstunden verbringen und unmenschliche Asyl- und Wirtschaftsentscheide fällen. Bürostühle können auch ein nicht unwesentlicher Bestandteil für die antifaschistische Theorie und Praxis sein.

Aber wir sprechen hier nicht von aufwändiger Recherchearbeit und langen Sitzungen. Mit Bürostühlen lässt sich auch unkonventionelle Öffentlichkeitsarbeit machen, lassen sich antifaschistische Inhalte vermitteln.

Dann nämlich wenn ein antifaschistisches Bürostuhlrennen auf den Bundesplatz angesagt ist. Also, KollegInnen anrufen, Zweier-Teams bilden, Bürostühle besorgen (am besten den vom Chef oder der Chefin) und mit antifaschistischen Plakaten, Parolen und Fahnen verschönern, Helm und Schoner anziehen, und los geht's, das heisst natürlich erst am 9. Juni.

9. Juni 2007, 14 Uhr, Bundesplatz Bern

Vortrag
RechtsRock zwischen Alltagskultur und internationaler Vernetzung

Jan Raabe, Mitherausgeber der Standardwerks «RechtsRock - Bestandsaufnahme und Gegenstrategien» wird einen rund einstündigen Vortrag mit Bildern und Musik halten. Im Anschluss besteht die Möglichkeit zur Diskussion.

Es war vor allem der RechtsRock, der dazu beigetragen hat, dass die Extreme Rechte eine jugendkulturelle Ausprägung entwickeln konnte. Während Lagerfeuer und Strammstehen junge Menschen heute kaum mehr anspricht, knüpft RechtsRock am vorhandenen Rassismus an und präsentiert diesen in jugendgerechter Verpackung.

Rund um den RechtsRock hat sich eine Alltagskultur in Form einer Szene entwickelt. Eigene Bekleidungs- marken, Codes und Symbole, eigene Websites und eine eigene Erlebniswelt haben sich herausgebildet. Ist der RechtsRock einerseits Alltagskultur mit einer, verglichen mit klassischer Politik, enormen Bindungskraft, so fördert er andererseits auch die internationale Vernetzung. Durch ihn entstehen länderübergreifende Kontakte und Strukturen. Beschreiben staatliche Stellen die Szene als unorganisiert und dumm, schafft es die Szene immer wieder, grosse Konzerte zu organisieren und konspirativ Hunderte von AnhängerInnen zu mobilisieren.

15. Juni 2007, 20 Uhr, Grosse Halle, Reitschule Bern

Antifaschistischer Jahrmarkt
Ein Nachmittag unter FreundInnen

Im Mittelalter waren Jahrmärkte wichtige soziale Treffpunkte. Die Leute strömten teilweise aus entfernten Regionen zusammen, Nachrichten konnten ausgetauscht, Kontakte gepflegt werden. In diesem Sinn laden wir zum ersten antifaschistischen Jahrmarkt nach Bern. Auf einen guten Nachmittag unter FreundInnen und GenossInnen.

Gänzlich abgeschafft haben wir jegliches Profitdenken - hier unterscheidet sich unsere Budenstadt von traditionellen Jahrmärkten. JedeR kann ungeachtet des Budgets gute Taten vollbringen, denn wir haben unsere Stände antifaschistischen Bedürfnissen angepasst: Wer kann am meisten politische Gefangene aus dem Gefängnis fischen? Wer bringt Blocher dazu, das Handtuch zu werfen? Wer gibt einem Prügel-Fascho Saures?

Wir freuen uns auf zahlreiche Gäste!

16. Juni 2007, 14 Uhr, Reitschule Bern

Antifa-Glücksrad
Antifa bringt Glück

Mit einem Glücksrad wollen wir die Menschen auf der Strasse über (Anti-)Faschismus aufklären. Zu gewinnen gibt's Buttons, Daumenkino, Aufnäher, Poster, Kleber, T-Shirts, Schokolade, Kaffee und vieles mehr. Und natürlich wird offensiv informiert! Also halte die Augen offen, wenn du das nächste Mal durch die Stadt spazierst...

16. Juni 2007, 14 Uhr, Reitschule Bern

Stadttrundgang
Bern antifaschistisch:
lokale Geschichten einer Bewegung und ihrer Gegner

Gerade was die Geschichte von Antifaschismus und seiner GegnerInnen betrifft, hat Bern viel zu berichten. Wir werden an diesem Stadttrundgang verschiedene Aspekte der Auseinandersetzungen betrachten und uns auch mit einigen bekannten Exponenten, sowohl des Antifaschismus als auch seiner GegnerInnen, befassen.

Der Rundgang beginnt auf der Grosse Schanze bei den Liften und dauert ca. eineinhalb bis zwei Stunden. Vorkenntnisse sind keine erforderlich, wir freuen uns aber auf allfällige Inputs und Ergänzungen der Teilnehmenden.

16. Juni 2007, 17.30 Uhr, Grosse Schanze Bern & 29. Juni 2007, 18.30 Uhr, Grosse Schanze Bern

Vortrag
Mit dem Büchertipp auf den Büchertrip - Part 2

Der Infoladen stellt vor:
Perlen aus dem Infoladen. Rund 10-minütiger Vortrag pro Buch.
Robert W. Connell: Der gemachte Mann
Bell Hooks: Feminism is for Everybody: Passionate Politics

22. Juni 2007, 20 Uhr, Infoladen, Reitschule Bern

Gummibootdemo
Auf dem Lande, auf den Wassern
nietler mit den Menschenhassern!

Das Libertäre Antifaschistische Kollektiv Thun (LAKT) will mit der Gummibootdemo von Thun nach Bern einen Beitrag leisten gegen die zunehmenden Aktivitäten der Berner Oberländer Neonaziszene auf der Strasse und in der Politik.

Wegen des repressiven Vorgehens der Thuner Stadtregierung suchen wir neue Aktionsformen, um unsere Inhalte friedlich kundzutun, indem wir der Polizei keine Angriffsmöglichkeiten bieten. Weiter können wir die unnötige Bewilligungspflicht umgehen, welche an inakzeptable Auflagen geknüpft ist. Auf allen Ebenen, mit allen Mitteln - hier und überall gegen Nationalismus! Wichtig: Bitte bringt eure eigenen Gummiboote mit! Volksküche +nach der Gummibootdemo: Feines veganes Essen für alle, die hungrig sind. (Infoladen, Reitschule Bern)

23. Juni 2007, 13 Uhr, Schwäbis (hinter dem Seeareal) in Thun. Bei schlechtem Wetter wird die Demo auf den 30. Juni verschoben (Infos ab 21. Juni auf www.antifa-kampagne.ch).

Antifaschistisches Kasperltheater
Vorhang auf!

Wer kennt sie nicht, die guten alten Kasperltheater, in denen die Hauptfigur immer neue Abenteuer erlebt? Freut euch auf lustige und nachdenkliche Szenen in einem politischen Kasperltheater und besucht unsere Aufführung!

29. Juni 2007, 20.30 Uhr, Reitschule Bern.

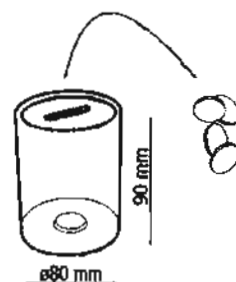
Antifa-Demonstration
In Bewegung bleiben - Rassismus bekämpfen!

Keine Kampagne ohne Demo: Nach verschiedenen Infoanlässen und kleineren Aktionen wollen wir unsere Inhalte gemeinsam auf die Strasse tragen und ein unmissverständliches Zeichen gegen Rassismus und Ausbeutung und für eine gerechte und basisdemokratische Welt setzen. Zum Abschluss der Kampagne rufen wir deshalb auf zu einer breit abgestützten antifaschistischen Demo.

7. Juli 2007, 14 Uhr Bärenplatz Bern

Kapital dem Kampf!

Zaster, Kohle, Money... Auch wir kommen leider nicht ohne aus. Das Magazin Lautstark!, die Agenda 2007, Flyer, Flugis und die Aufrechterhaltung unserer Infrastruktur müssen bezahlt werden. Deshalb sind wir auch über finanzielle Solidarität dankbar!



(Spenden)-Postkonto: 84-472259-7

Vermerk: Spende

Oder einfach Geld in ein Kuvert packen und an folgende Adresse schicken: Antifa Bern, Postfach 5053, 3001 Bern

Lieben Dank allen SpenderInnen!

Soliabo

Das «lautstark!» kann auch abonniert werden. Schicke Fr. 20.- an:

Antifa Bern
Postfach 5053
3001 Bern

Und du erhältst die nächsten drei Antifa-Zeitungen bequem in deinem Briefkasten.

Impressum:

Redaktion, Bilder und Layout:
Antifa Bern
Auflage: 6000 Stück.
Das «lautstark!» erscheint dreimal jährlich.
Erscheinungsdatum: 1. Juni 2007

Kontakt: Antifa Bern,
Postfach 5053, 3001 Bern
Web: www.antifa.ch
E-Mail: info@antifa.ch